Im Blick der Praxis: Politische Konfliktlagen, zivilgesellschaftliche Resilienz und Handlungsbedarfe in Sachsen-Anhalt nach der Wahl

Eine qualitative Synthese lokaler Perspektiven und Befunde aus Sachsen-Anhalt im Verhältnis zu Ergebnissen einer bundesweiten Befragung zur Demokratiearbeit

Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung
Plattform Transfer, SO.CON, Hochschule Niederrhein

ConflictA
Konfliktakademie, IKG, Universität Bielefeld

Short Report

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 3

2. Vor und nach der Wahl in Sachsen-Anhalt:
Mobilisierung, Ernüchterung und konkrete Bedrohungsszenarien 4

3. Aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld:
Autoritäre Formierung, rechte Jugendkulturen und Antifeminismus 5

4. Kommunale Realitäten in Sachsen-Anhalt:
Stadt-Land-Kluft, Infrastrukturkrise und pragmatische Normalisierung 9

5. Bedrohung der Kinder- und Jugendhilfe und das Ko-Finanzierungs-Dilemma
der Demokratiearbeit 10

6. Lokale Konfliktanalysen in Sachsen-Anhalt:
Die fünf Spannungsfelder der Untersuchung des K3B 12

7. Übergreifende Handlungsoptionen für Sachsen-Anhalt 13

1. Einleitung

Der vorliegende Shortreport verbindet lokale Perspektiven und Befunde zur Demokratiearbeit und kommunalen Konfliktarbeit in Sachsen-Anhalt mit Ergebnissen einer bundesweiten Befragung zur Demokratiearbeit. Die lokale Perspektive ergibt sich aus einem Fachtalk des Wissensnetzwerks Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) und der Konfliktakademie (ConflictA) mit Praxisakteur*innen aus Halle und Salzwedel im Anschluss an die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026.[1] Hinzu kommen Befunde aus 36 Expert*inneninterviews der laufenden Konfliktanalyse des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e. V.. Die hier einbezogenen Ergebnisse sind vorläufig; eine ausführliche Aufbereitung der Analyse wird Ende des Jahres als Podcast auf der Homepage des K3B veröffentlicht[2].

Ergänzend werden Ergebnisse der im Oktober 2025 von der Plattform Transfer des Wi-REX durchgeführten bundesweiten Online-Befragung von 153 Praktiker*innen herangezogen (im Folgenden BP). Sie ermöglichen es, die vor Ort beschriebenen Perspektiven mit den Antworten von Praktiker*innen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands in Beziehung zu setzen.

Die 153 Praktiker*innen sind in unterschiedlichen Bereichen der Demokratiearbeit und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus tätig (siehe Abb. 1). Am häufigsten verorten sie ihre Arbeit in der Rechtsextremismusprävention (16,3 %), der Demokratieförderung (15,6 %) und der Politischen Bildung (15,0 %). Weitere Tätigkeitsbereiche sind die Erinnerungsarbeit (6,4 %), die Jugendsozialarbeit (5,6 %), die zivilgesellschaftliche Interessenvertretung (4,3 %) und Schule (3,9 %).

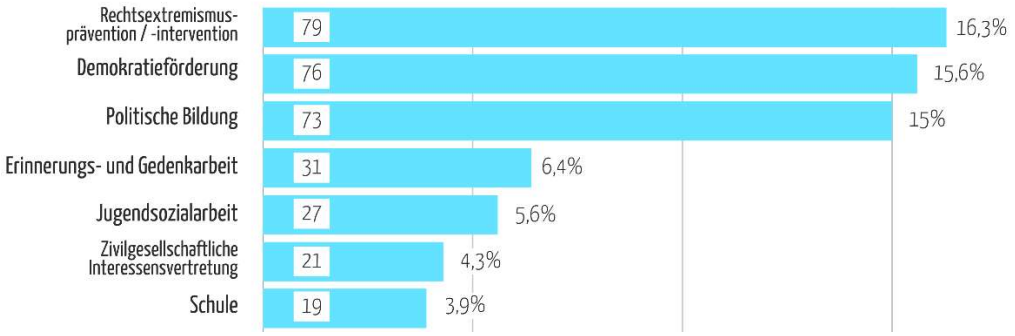


Abbildung 1 | Tätigkeitsbereich.

In welchen Tätigkeitsbereichen verorten Sie Ihre Arbeit / Ihr Engagement mit Bezug zum Thema Rechtsextremismus hauptsächlich?

Maximal vier Angaben möglich, Sieben meistgenannte Bereiche dargestellt.

[1] Eine weiterführende Dokumentation des Fachtalks findet sich im Blogbeitrag der Konfliktakademie: ConflictA (2026): Rechtsextremismus und lokale Konfliktbearbeitung: Demokratische Handlungsspielräume unter Druck. Blog Konfliktbearbeitung im lokal-kommunalen Raum, Konfliktakademie / Universität Bielefeld, 28.09.2026.

[2] Bei Interesse an der Analyse oder Fragen zu den Befunden können sich Interessierte direkt per E-Mail an konfliktberatung@vfb-saw.de wenden.

2. Vor und nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: Mobilisierung, Ernüchterung und konkrete Bedrohungsszenarien

Im Vorfeld der Landtagswahlen erlebte Sachsen-Anhalt einen historisch präzedenzlosen Mobilisierungsschub der Zivilgesellschaft. In Städten wie Halle und Magdeburg sowie in zahlreichen Landkreisen organisierten breite Bündnisse – von lokalen Initiativen über freie Träger bis hin zu den Hochschulen – unzählige Demonstrationen, Diskussionsforen und Aktionen für Demokratie. Auslöser dieser immensen Mobilisierung war die Sorge vor den Folgen des prognostizierten AfD Wahlerfolges. Erstmals verließ eine Partei die Ebene bloßer Andeutungen und formulierte offene Positionen gegenüber freier Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und demokratischen Bildungsstrukturen. Es wurden Deportationsfantasien geäußert und konkrete Feindeslisten geführt, auf denen etablierte Träger in Sachsen-Anhalt wie Miteinander e. V., Schule ohne Rassismus oder die Evangelische Akademie benannt wurden. Spitzenpolitiker*innen wie Ulrich Sigmund bekräftigten öffentlich die Absicht, Verträge mit zivilgesellschaftlichen Trägern umgehend aufzukündigen.
Ergänzend zu der beschriebenen zivilgesellschaftlichen Mobilisierung gegen die AfD zeigen eigene mediale Wahlkampfbeobachtungen des Autor*innenteams eine weitere Dimension der Mobilisierungsstrategie der Partei. Während in der überregionalen Berichterstattung zunächst das Wahlprogramm und offene Drohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Trägern dominierten, zeigte sich in der gewählten Wahlkampfkommunikation zugleich eine Ausrichtung auf niedrigschwellige Formate und eine betont alltagsnahe Ansprache. Familienfeste, Simson-Ausfahrten und sichtbare Präsenz im ländlichen Raum vermittelten dabei einen vermeintlich unpolitischen und nahbaren Eindruck. Die Beobachtungen verdeutlichen, wie rechtsextreme Positionen über alltagsnahe Angebote und persönliche Präsenz normalisiert und gesellschaftlich anschlussfähig gemacht werden können. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses (AfD 43,8 %, CDU 17,2 %, SPD/Grüne/LINKE je ~9 %) schlug die Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt von intensiver Mobilisierung in schockierte Ernüchterung um.

> ...dass das auch erst mal ein Schlag in die Magengrube ist, dieses Ergebnis und dass, ja, dass es auch gemeinschaftliche Formen der Bewältigung dieses Wahlergebnisses braucht.
>
> *- Dr. Frank Greuel, Deutsches Jugendinstitut Halle*

Die Entwicklungen in Sachsen-Anhalt weisen dabei auf eine Situation hin, die sich in ähnlicher Form auch in den Erfahrungen der bundesweit Befragten wiederfindet. Die Befragung wurde im Oktober 2025 per Online-Fragebogen durchgeführt und bezieht sich auf Wahlen der vergangenen zwölf Monate – darunter die Bundestagswahl sowie die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2024 sowie kommunale Weichenstellungen – und umfasst damit unterschiedliche regionale und politische Konstellationen. 95 % der 153 befragten Praktiker*innen berichten,

dass die Wahlen in diesem Zeitraum spürbare Veränderungen für ihre Arbeit mit sich brachten. Besonders häufig werden dabei eine abnehmende politische Rückendeckung (40,6 %) und eine Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen (35,9 %) genannt. Für Sachsen-Anhalt ergeben sich vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses vergleichbare Entwicklungen in einer besonderen politischen Konstellation. Mit der Frage einer möglichen politischen Machtbeteiligung der AfD steht hier eine Entwicklung unmittelbar im Raum, die die bereits zuvor wahrgenommene Bedrohung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen verschärft.

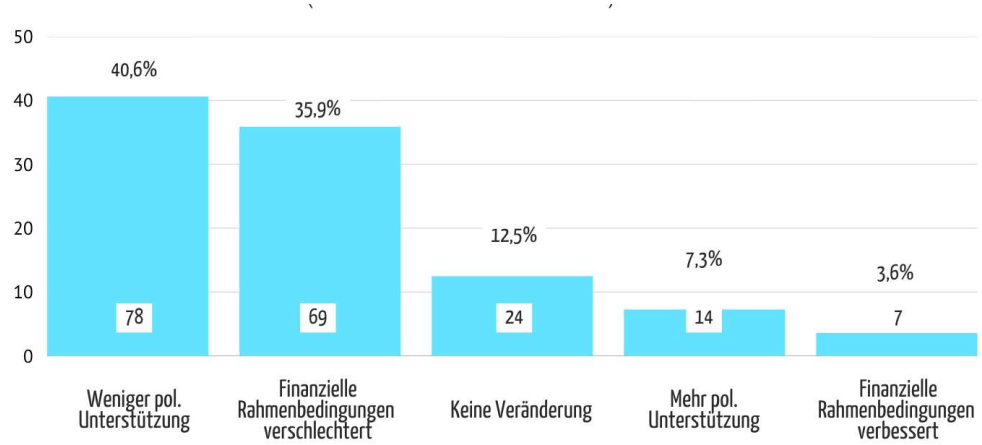


Abbildung 2 | Unterstützung.
Haben sich durch diese Wahl [Wahl der vergangenen 12 Monate mit jeweils maßgeblichstem Einfluss] Rahmenbedingungen Ihrer Arbeit/Ihres Engagements verändert?
Mehrfachantworten möglich

3. Aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld: Autoritäre Formierung, rechte Jugendkulturen und Antifeminismus

Wie verändern sich gesellschaftliche Diskurse und Handlungsspielräume vor Ort? Im Fachtalk schildern die Expert*innen aus Sachsen-Anhalt eindrücklich, wie sich eine schleichende Diskursverschiebung und ein zunehmender Rechtfertigungsdruck im Alltag der Praxisakteur*innen festsetzen.
Frank Greuel beschreibt, dass die AfD im Wahlkampf nicht nur rechtsextremistische Positionen offen vertritt, sondern zugleich gezielt das Diffamierungsnarrativ einer „linksgrün versifften" Zivilgesellschaft bedient, die sich angeblich an öffentlichen Geldern bereichere. Agnes Sander und Frank Greuel schildern zudem, wie solche Angriffe unter dem Deckmantel einer „Neutralitätspflicht" kritische sowie demokratieorientierte Arbeit verunsichern. Lehrkräfte an Schulen, Fachkräfte der Jugendhilfe sowie kommunale Verwaltungsangestellte sehen sich demnach zunehmend mit der Frage konfrontiert, inwieweit sie sich noch klar zu Demokratie und Menschenrechten bekennen können. Zugleich werden als kontrovers wahrgenommene Themen wie Diversität, LGBTQ oder Gleichstellung aus Sorge vor möglichen Mittelkürzungen teilweise vorsorglich vermieden. Diese

Selbstzensur birgt die Gefahr einer schleichenden Anpassungsspirale durch vorauseilenden Gehorsam (vgl. Begrich et al. 2026).

Diese konkreten Praxiserfahrungen aus Sachsen-Anhalt lassen sich mit den Ergebnissen unserer BP in Beziehung setzen. Der vor Ort beschriebene Rechtfertigungsdruck und die Sorge vor einem missverstandenen Neutralitätsgebot finden sich auch in den bundesweiten Befunden wieder.

Autoritäre Formierung & 'Vibe Shift'

Unter dem Begriff „Rechtsruck" beschreiben die von uns befragten Praktiker*innen in ihren offenen Antworten eine vielschichtige Diskursverschiebung. Autoritäre, nationalistische und antipluralistische Deutungsmuster gewinnen an Akzeptanz, während parteipolitische Positionen nach rechts rücken. Dies deckt sich mit der Mitte-Studie (Zick et al. 2025), die einen gesellschaftlichen „Vibe Shift"' identifiziert, der zivilgesellschaftliche Akteur*innen unter Druck setzt und deren Unabhängigkeit gefährdet (Achour 2025). Dieser Klimawandel geht einher mit einer „schamlosen Normalisierung" ehemals tabuisierter rechtsextremer Inhalte (Wodak 2025). Statistisch lässt sich dies am Anwachsen von Graubereichen festmachen: Immer mehr Menschen widersprechen demokratiefeindlichen Aussagen nicht mehr klar (Zick et al. 2025). Ein deutliches Signal dieser Normalisierung ist, dass bereits 33 % der Bevölkerung die AfD als eine „Partei wie jede andere auch" betrachten (Zick et al. 2025).

Verunsicherung und Rechtfertigungsdruck in der Demokratiearbeit

Praktiker*innen verweisen zudem in ihren offenen Antworten der bundesweiten Befragung auf eine verschärfte Abschiebepraxis staatlicher Institutionen und einen Anstieg rechter Gewalt gegenüber migrantisch wahrgenommenen Menschen. Beides wird auch im Fachgespräch zur Wahl in Sachsen-Anhalt thematisiert. Dabei werden insbesondere eine zunehmende Verunsicherung bei von Gewalt betroffenen Menschen sowie ein erhöhter Rechtfertigungsdruck für die demokratische Unterstützungs- und Beratungsarbeit im kommunalen Umfeld beschrieben.

Neues Erstarken rechter Jugendkulturen

In Schulhöfen und Jugendzentren sehen sich die bundesweit befragten Fachkräfte mit einem Anstieg rechter Gewalttaten konfrontiert; es sei „cool und edgy, rechts zu sein". Jugendliche, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen oder sich antifaschistisch äußern, werden gezielt eingeschüchtert. Neben einer zunehmenden Mobilisierungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft wird eine Zunahme politischer Organisierung rechtsradikaler Kinder und Jugendlicher beobachtet, die sich in neu gegründeten, gewaltbereiten Gruppen zusammenschließen. Die Ideologisierung erfolgt primär über Social Media (Instagram, TikTok). Dass rechte Orientierungen unter jungen Menschen an Attraktivität gewinnen, wird durch die Mitte-Studie empirisch untermauert: Die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen ist heute bei den 18- bis 34-Jährigen mit knapp 7 % stärker ausgeprägt denn je (Zick et al. 2025). Libertär-autoritäre Akteur*innen tarnen dabei über Algorithmen und eine einseitige Auslegung

von „Meinungsfreiheit“ autoritäre Weltsichten als „neue Normalität“ (Nickel et al. 2025). Zudem korreliert die Gewaltbereitschaft damit, dass politische Gewalt fast ausschließlich von Männern gebilligt wird (10 % gegenüber 2 % bei Frauen; Zick 2025).

Scharnierfunktion von Antifeminismus & Queerfeindlichkeit

Im Jahr 2025 sind rechtsextreme Jugendgruppen vermehrt durch Mobilisierungen und Übergriffe gegen CSDs aufgefallen. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch bundesweit lassen sich entsprechende Mobilisierungen beobachten. Antifeminismus und Anti-Genderismus dienen dabei als Wegbereiter rechtsextremer Radikalisierung. Simon und Birsl beschreiben dies in der Mitte-Studie als „Scharnierfunktion“. Vorstellungen von „natürlichen“ Geschlechterdifferenzen können demnach als Brücke fungieren, über die rechtsextreme Ideologie in der bürgerlichen Mitte Anschlussfähigkeit gewinnt (Simon & Birsl, 2025). Dabei ist auch die Verbindung von Antifeminismus mit Antisemitismus und autoritärer Aggression relevant. Besorgniserregend ist zudem der statistisch nachweisbare Anstieg von Queerfeindlichkeit (Mokros & Zick, 2025; Achour, 2025; Decker et al., 2024).

Das verklärte Bild einer stabilen bürgerlichen Kleinfamilie mit traditioneller Rollenverteilung verspricht in Krisenzeiten Sicherheit und Orientierung (Niendorf & Rodemerk, 2023: 87, 98). Dieses Verlangen nach Ordnung kann autoritär aufgeladen werden, indem es an Vorstellungen einer vermeintlich ‚natürlichen‘ Geschlechterordnung geknüpft wird (Kalkstein et al., 2022: 248). In diesem Zusammenhang wird die Kleinfamilie zur schützenswerten ‚Keimzelle der Nation‘ erklärt (Notz, 2015, zit. nach Niendorf & Rodemerk, 2023: 94–95). Die Wiederherstellung traditioneller Geschlechterverhältnisse erscheint dabei als Garant gesellschaftlicher Stabilität (Niendorf & Rodemerk, 2023: 89, 91), während queere und feministische Liberalisierungen als Bedrohung dieser Ordnung gedeutet werden (ebd.: 91, 95–96).

Der zuvor beschriebene gesellschaftliche Klimawandel – spürbar im „Vibe Shift“, im Erstarken rechter Jugendkulturen sowie im Vordringen antifeministischer Narrative – führt bereits für sich genommen zu einer grundlegenden Veränderung der konkreten Anforderungen an die Demokratiearbeit vor Ort. Dieser ohnehin bestehende Veränderungsdruck wird durch die Wahlen der Jahre 2024 und 2025 als politische Beschleuniger nochmals verstärkt. Die Ergebnisse der BP verdeutlichen diese Dynamik. Mit Blick auf den Zeitraum von Oktober 2024 bis Oktober 2025, der von den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie der Bundestagswahl 2025 geprägt war, wählten die Fachkräfte jeweils das Wahlereignis aus, das ihren Arbeitsalltag am stärksten tangierte. Bezogen auf diese individuelle Schlüsselwahl zeigen sich deutliche thematische Verschiebungen (vgl. Abb. 3).

So berichtet mehr als die Hälfte der befragten Fachkräfte (56,9 %), dass jene Fachthemen, die durch den Rechtsruck und die Vereinnahmung des öffentlichen Raums unter Druck geraten sind, spürbar an Bedeutung und Dringlichkeit gewonnen haben. Dazu zählen etwa der Schutz vor Anfeindungen, die Auseinandersetzung mit rechten Jugendgruppen oder die

Arbeit zu Geschlechtervielfalt. Für weitere 22,9 % sind durch die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen völlig neue Fragestellungen und kontroverse Themen hinzugekommen. Demgegenüber stellen lediglich 11,8 % keine Veränderung ihrer Themenschwerpunkte fest, während bei weiteren 8,3 % bestehende Themen an Relevanz verloren haben.

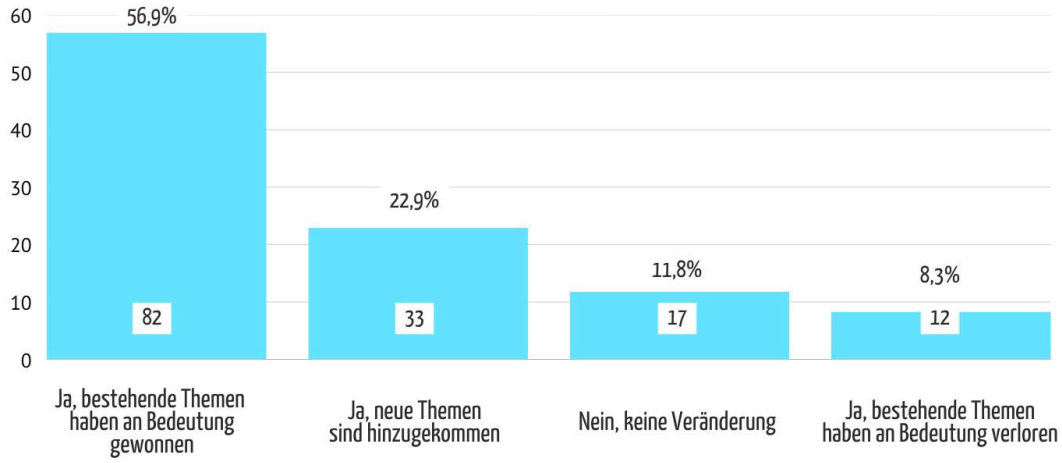


Abbildung 3 | *Haben sich durch diese Wahl [Wahl der vergangenen 12 Monate mit jeweils maßgeblichstem Einfluss] Themenschwerpunkte Ihrer Arbeit/Ihres Engagements verändert? Mehrfachantworten möglich*

Diese inhaltliche Intensivierung wirkt sich unmittelbar auf das Beziehungsgefüge zu den Menschen vor Ort aus. Im direkten Kontakt mit den Zielgruppen zeigt sich in den Erhebungsdaten vom Oktober 2025 eine ausgeprägte Polarisierung. Auf der einen Seite führt die veränderte politische Lage bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu einem erhöhten Orientierungs- und Aufklärungsbedarf. Mit 38,0 % bildet die Beobachtung eines gestiegenen Interesses an Beratungs- und Bildungsangeboten den größten Einzelwert. Weitere 4,4 % der Befragten berichten von einer gewachsenen Offenheit gegenüber ihrer Arbeit. Auf der anderen Seite sehen sich die Fachkräfte mit deutlichen Vorbehalten und Abwehr konfrontiert. 29,9 % nehmen in ihren Zielgruppen eine gewachsene Zurückhaltung wahr, während 14,6 % von offenem Widerstand gegen ihre Arbeit berichten. Bei 13,1 % der Fachkräfte blieben die Reaktionen der Zielgruppen unverändert.
In der Gesamtschau verweisen die empirischen Befunde damit auf eine doppelte Wirkung der gegenwärtigen Diskursverschiebung. Einerseits werden zivilgesellschaftliche Angebote von verunsicherten Teilen der Bevölkerung verstärkt nachgefragt und erfahren eine größere Offenheit. Andererseits erschweren Zurückhaltung, Skepsis und offener Widerstand den Zugang zu anderen Teilen der Gesellschaft. So berichten die Praktiker*innen von gestiegenem Interesse an ihrer demokratiefördernden Arbeit, sehen sich jedoch zugleich mit zunehmender Zurückhaltung und wachsendem Widerstand konfrontiert.

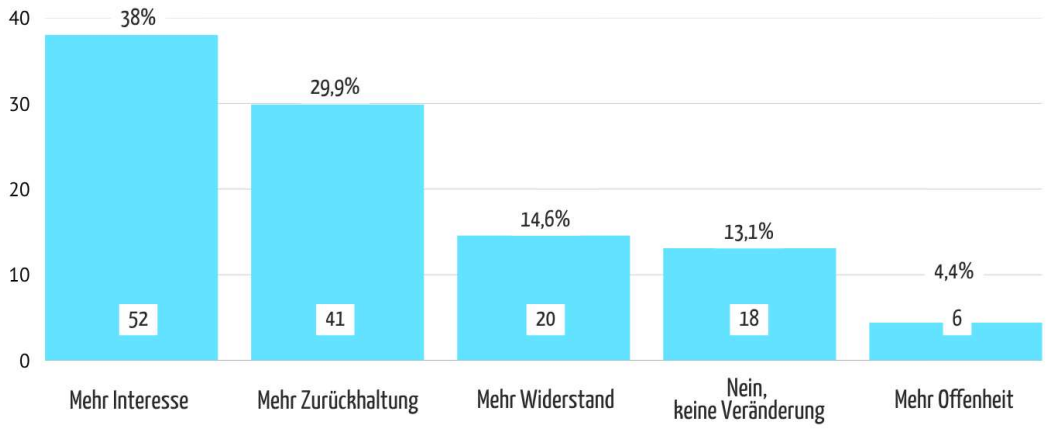


Abbildung 4 | Zielgruppe.

Haben Sie durch diese Wahl [Wahl der vergangenen 12 Monate mit jeweils maßgeblichstem Einfluss] Veränderungen in den Reaktionen Ihrer Zielgruppe auf Ihre Arbeit/Ihr Engagement festgestellt?

4. Kommunale Realitäten in Sachsen-Anhalt: Stadt-Land-Kluft, Infrastrukturkrise und pragmatische Normalisierung

Agnes Sander beschreibt die politischen Dynamiken in Sachsen-Anhalt als von einer tiefen Konfliktlinie zwischen städtischen Zentren (Halle, Magdeburg) und ländlichem Raum (z. B. Saalekreis, Altmark) geprägt. Während in den Städten teilweise Direktmandate demokratischer Parteien gewonnen wurden, dominiert im Umland die AfD. Im ländlichen Raum, so Sander, stehen Gefühle des Abgehängtseins durch schließende Kitas, Grundschulen und den Abbau von Busverbindungen im Vordergrund.

Der von Sander beschriebene Infrastrukturabbau verweist dabei auf eine weiterreichende demokratiepolitische Dimension. Demokratie wird vor Ort nicht allein in politischen Institutionen und formalen Beteiligungsformaten erfahrbar, sondern auch in alltäglichen Orten der Begegnung, des Austauschs und der Teilhabe. Bibliotheken, soziokulturelle Zentren, Literaturhäuser und Jugendtreffs können physische „Haltepunkte der Demokratie“ bilden. Sie schaffen Räume, in denen Menschen zusammenkommen, sich austauschen und gesellschaftliche Beziehungen entwickeln können. Der Abbau kommunaler Infrastruktur und die Schließung entsprechender Einrichtungen berühren damit auch die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Begegnung, Austausch und Teilhabe vor Ort stattfinden können. Da Kultur- und Soziokulturangebote von klammen Kommunen rechtlich jedoch als reine „freiwillige Leistungen“ geführt werden, geraten sie bei Haushaltsnotlagen unter Kürzungs- und Schließungsdruck.

Bricht diese Alltagsinfrastruktur weg, können im ländlichen Raum zugleich soziale Räume verloren gehen. Dies kann es extrem rechten Akteur*innen erleichtern, die Verunsicherung vor Ort durch eigene, als unpolitisch gerahmte Freizeit- und Gemeinschaftsangebote aufzugreifen und für ihre Zwecke zu nutzen. Tiefergehend ist diese Strategie durch Meyer et al. mit Blick auf Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern analysiert worden (2026).

Mit der veränderten politischen Großlage verbindet Sander zudem eine zunehmende Verunsicherung bei Kommunalpolitik und Bürgermeister*innen. Sie berichtet von akuten Sorgen hinsichtlich des Fortbestands von Förderprogrammen für Windenergie und Klimaschutz, an denen im ländlichen Raum wichtige Einnahmen und Entwicklungsoptionen hängen. Diese Veränderungen wirken aus ihrer Sicht auch unmittelbar auf die kommunale Konfliktberatung zurück. Bisherige Arbeitsansätze und Schwerpunktsetzungen müssten unter den veränderten politischen Bedingungen neu überdacht werden. Wie eindrücklich sich diese veränderte Situation in den Gesprächen vor Ort artikuliert, veranschaulicht Sander, indem sie eine solche an sie gerichtete Ansprache in direkter Rede wiedergibt:

> ‚Frau Sander, jetzt ist irgendwie alles anders, wir müssen alles nochmal anders überlegen. Ich weiß nicht, ob ich mich jetzt noch auf Konfliktberatung konzentrieren kann und überhaupt zu Konflikten arbeiten kann.‘
>
> *- Agnes Sander, Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung*

Gleichzeitig ist die Präsenz der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsen-Anhalts seit vielen Jahren Alltag. Etablierte Parteien (SPD, CDU, Linke) haben stark an Bedeutung verloren, während parteilose Bürgermeister*innen und lokale Bürger*innenbündnisse zunehmen. Kommunalpolitiker*innen empfinden das Wahlergebnis jedoch zunehmend als Entwertung ihres ehrenamtlichen Engagements. Diese Entwicklungen und die damit verbundene Unsicherheit betreffen nicht nur die kommunalpolitische Ebene, sondern auch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Träger und demokratischer Initiativen.

5. Bedrohung der Kinder- und Jugendhilfe und das Ko-Finanzierungs-Dilemma der Demokratiearbeit

Dr. Frank Greuel beschreibt die freie Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt als einen Bereich, der besonders stark unter politischen Druck gerät. Seiner Einschätzung nach markiert die AfD freie Träger gezielt als Feindbild, da deren Ausrichtung an Menschenrechten und emanzipatorischer Jugendarbeit ihrem politischen Weltbild widerspricht (siehe hierzu auch: Meyer et al., 2026: 22). Zugleich bediene die AfD das Narrativ, Träger würden sich ohne reale Gegenleistung aus öffentlichen Fördermitteln bedienen.
Diese politische Auseinandersetzung trifft aus Greuels Perspektive auf eine strukturelle Abhängigkeit der lokalen Demokratiearbeit von öffentlichen Finanzierungsstrukturen. Bundesprogramme wie „Demokratie leben!“ werden durch das Landesprogramm „#Wir sind das Land“ ergänzt bzw. werden hierüber z.T. kofinanziert, was wiederum eine Fördervoraussetzung darstellt. Sollte eine künftige Landesregierung diese Kofinanzierungen streichen oder blockieren, entfielen damit auch die Bundesmittel, zumindest so lange keine andere Kofinanzierung gesichert ist. Was für die Träger und die demokratische Infrastruktur eine erhebliche strukturelle Schwachstelle

darstellt, macht deren Finanzierung zugleich politisch angreifbar. Greuel fasst diese Abhängigkeit entsprechend pointiert zusammen:

> ...wenn diese Landesmittel nicht mehr fließen, dann, ja, fließen auch erstmal keine Bundesmittel mehr.
>
> *- Dr. Frank Greuel, Deutsches Jugendinstitut Halle*

Auf kommunaler Ebene treten die Folgen dieser Abhängigkeit bereits deutlich hervor. So blockierte beispielsweise in der Sachsen-Anhaltischen Stadt Salzwedel eine Mehrheit aus CDU, AfD und der ‚Freien Fraktion' Gelder für Demokratieförderungsprojekte durch eine Verweigerung der Kofinanzierung (vgl. Reinfrank 2025).
Offen ist darüber hinaus, wie es für die mobilen Beratungsstellen und die Opferhilfe im Land weitergeht, die aktuell von Miteinander e.V., und damit einem erklärten Feindbild der AfD, umgesetzt werden. Beide Beratungsangebote sind momentan in Landesstrukturen angesiedelt und werden zum Teil mit Landesmitteln unterstützt. Um drohende Förderausfälle aufzufangen, fordern Begrich et al. (2026) überregionale Auffangstrukturen im Sinne eines „Demokratie-Schutzschirms".
Eine weitere von Greuel beschriebene Entwicklung betrifft die öffentliche Infragestellung der „Neutralität" und Gemeinnützigkeit zivilgesellschaftlicher Träger. Der politische Druck entsteht damit nicht allein durch konkrete Kürzungsdrohungen. Auch die wiederholte öffentliche Infragestellung des Engagements und des rechtlichen Status von Vereinen kann dazu beitragen, Organisationen unter Rechtfertigungsdruck zu setzen und vorauseilende Selbstzensur zu fördern. Daraus ergibt sich ein Schutzbedarf, der über die finanzielle Förderung hinausgeht. Neben verlässlichen Finanzierungsstrukturen braucht es daher auch rechtliche und politische Unterstützung, damit zivilgesellschaftliche Akteur*innen auf solche Angriffe reagieren können.
Die von Greuel beschriebene Abhängigkeit verweist damit auf eine strukturelle Frage, die über Sachsen-Anhalt hinausweist. Wie verbreitet die Abhängigkeit von öffentlichen Förderstrukturen auch bundesweit ist, zeigen die Ergebnisse unserer bundesweiten Befragung vom Oktober 2025. Auf die Frage nach ihren Förderquellen nennen 30,3% der befragten Projekte (n = 64) das Bundesprogramm Demokratie leben!, 23,2 % (n = 49) Gelder der jeweiligen Bundesländer und 14,7 % (n = 31) kommunale Mittel. Da Mischfinanzierungen im Praxisfeld den Regelfall darstellen, verweist die Verteilung der Förderquellen auf eine strukturelle Abhängigkeit von öffentlichen Finanzierungsstrukturen. Veränderungen auf Landes- oder Kommunalebene können damit auch Auswirkungen auf Förderungen haben, die an entsprechende Eigen- oder Kofinanzierungsanteile gebunden sind. Lediglich 7,6 % der Träger (n = 16) nennen Spenden als Förderquelle.

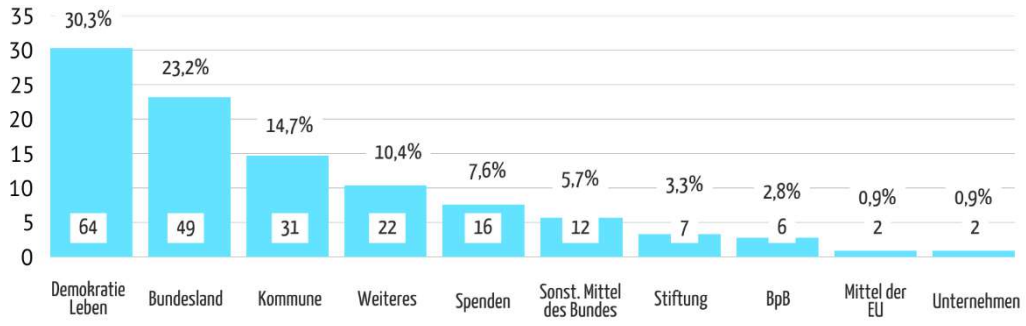


Abbildung 5 | Förderquellen

Förderung. Durch wen wird das Projekt/die Maßnahme mit Bezug zum Thema Rechtsextremismus, in dem/der Sie arbeiten, gefördert?
Mehrfachantworten möglich.

Dass diese strukturelle Vulnerabilität zivilgesellschaftlicher Träger und die gezielten Angriffe auf das gesamte Feld der Demokratiearbeit und damit auch auf die politische Bildung keine abstrakte Befürchtung der Praxis sind, belegen auch aktuelle Debatten auf Bundesebene: Auf den Hinweis im Deutschen Bundestag, dass die AfD in Sachsen-Anhalt die Abschaffung der dortigen Landeszentrale für politische Bildung fordere, reagierten AfD-Abgeordnete im Plenum mit den Zwischenrufen ‚Zu Recht!' und ‚Jawohl!' (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 21/97, S. 12088 u. 12093). Darüber hinaus verdeutlicht die parlamentarische Auseinandersetzung um den Etat und die gesetzliche Absicherung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dass die Infrastruktur der Bildungsarbeit auch bundesweit unter Druck steht. Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit, staatlich verankerte wie freie Träger der Bildungsarbeit wirksam vor parteipolitischer Einflussnahme und Entlegitimierung zu schützen (vgl. ebd., S. 12088–12101).

6. Lokale Konfliktanalysen in Sachsen-Anhalt: Die fünf Spannungsfelder der Untersuchung des K3B

Auch aus der laufenden Konfliktanalyse des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, zeichnen sich bereits zentrale Spannungsfelder im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts ab. Agnes Sander verweist dabei auf 36 bislang geführte Expert*inneninterviews und macht deutlich, dass sich trotz der noch nicht abgeschlossenen Auswertung bereits wiederkehrende Konfliktlagen und Problemdynamiken erkennen lassen. Aus der bisherigen Analyse lassen sich fünf zentrale Spannungsfelder herausarbeiten:

1. **Bürokratie als Hindernis für Engagement und Kommunikationsbarriere:** Tiefes Unverständnis zwischen starren Verwaltungslogiken und ehrenamtlich Engagierten. Verwaltung nimmt Zivilgesellschaft oft als unstrukturiert wahr, während Engagierte Hürden als ‚mit Absicht errichtet' empfinden.

2. **Transformations- und Krisenerfahrungen:** Brüche der Nachwendezeit überlagern sich mit aktuellen Krisen (Finanzkrise, Corona, Inflation, Kriege). Es

entsteht das Gefühl, vom Staat nicht geschützt, sondern belastet und alleine gelassen zu werden.

3. Grundsätzliche Zweifel an demokratischen Entscheidungsprozessen: politische Entscheidungen können von Bürger*innen nicht ausreichend verstanden werden. V.a. der Einsatz von finanziellen Ressourcen wird als ungerecht erlebt. Bspw. konkurrieren infolge der Gemeindegebietsreform von 2010 zusammengelegte Ortschaften in Verbands- und Einheitsgemeinden um knappe Haushaltsmittel (z. B. Sanierung der Feuerwehr vs. Erhalt des Schwimmbads) und können getroffenen Entscheidungen nicht nachvollziehen.

4. Gemeinschaft als Rückzugs- und Schutzraum: Angesichts globaler Unsicherheiten ziehen sich Menschen in vertraute Bezugsgruppen zurück. Gemeinschaft dient als Schutzraum, führt aber auch zu Abgrenzung und Abwehr von außen.

5. Konfliktaustragung rund um gegensätzliche Positionierungen: In lokalen Vereinen und Dorfgemeinschaften werden politische Themen gezielt schweigend umgangen, aus Sorge, den sozialen Zusammenhalt vollends zu sprengen. Zusätzlich gibt es gleichzeitig die Erfahrung, dass Diskussionen – wenn sie angegangen werden – eskalieren.

Die beschriebenen Spannungsfelder verdichten sich in Sanders Schilderung zu einer grundlegenden Erfahrung:

> ‚...ich werde von staatlichen Strukturen nicht geschützt, sondern ich werde von staatlichen Strukturen eher angegriffen.' Das ist das, was viele beschreiben.
>
> *- Agnes Sander, Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung*

7. Übergreifende Handlungsoptionen für Sachsen-Anhalt

Aus der Verschränkung der qualitativen Praxiserfahrungen in Sachsen-Anhalt, den Befunden der Konfliktanalyse des K3B sowie den bundesweiten Befragungsdaten der Plattform Transfer (Wi-REX) leiten sich zentrale Zukunftsbedarfe ab, um die Verlässlichkeit und Resilienz der Demokratiearbeit vor Ort nachhaltig zu stärken. Agnes Sander betont dabei eindrücklich, dass Dialog- und Beteiligungsangebote nicht beim bloßen Austausch von Positionen stehen bleiben dürfen, sondern darauf abzielen müssen, den Menschen vor Ort konkrete Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen:

> ...Dialogangebote heißt auch nicht nur reden und hören, sondern auch ins Handeln kommen können.
>
> *- Agnes Sander, Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung*

Um diesen Anspruch einzulösen und den veränderten politischen Rahmenbedingungen wirksam zu begegnen, lassen sich die aus der Praxis abgeleiteten Erfordernisse in drei Zeithorizonte gliedern:

A. Kurzfristig: Akute Orientierung & Rechtssicherheit

- **Aufklärung zum Neutralitätsgebot & Vermeidung von Selbstzensur:** Durch gezielte Fachberatung und Information muss aufgezeigt werden, dass das Eintreten für Grundrechte und demokratische Verfassungswerte keineswegs gegen das Neutralitätsgebot verstößt. Dadurch soll vorauseilender Selbstzensur bei Fachkräften in Schulen, Jugendhilfe und Verwaltungen wirksam vorgebeugt werde.
- **Vertrauliche Schutzräume & politische Rückendeckung:** Es bedarf sicherer und vertraulicher Beratungs- und Austauschkontexte, in denen Fachkräfte, Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungsangestellte Anfeindungen, Verunsicherungen und rechtliche Fragen ohne öffentlichen Druck aufarbeiten können. Zudem erfordert die Praxis eine klare parlamentarische Rückendeckung demokratischer Kräfte. Der Schutz von Engagierten ist dabei auch eine Frage der regionalen Personalbindung, um den Abfluss qualifizierter Fachkräfte aus der Region zu verhindern (vgl. Begrich et al. 2026).
- **Absicherung von Ko-Finanzierungsstrukturen:** Da Bundesprogramme wie *Demokratie leben!* an eine etwa 10-prozentige Eigen- bzw. Landesfinanzierung gebunden sind, müssen überregionale Auffang- und Ausgleichsoptionen gestärkt werden, damit Fördermittel vor Ort bei lokalen Kürzungen nicht vollständig wegbrechen.

B. Mittelfristig: Verlässliche Förderlogik & Prozessbegleitung

- **Nachhaltige, handlungsorientierte Prozessbegleitung:** Es braucht den schrittweisen Übergang von kurzfristigen Ein-Jahres-Projektförderungen hin zu langfristig angelegten Dialog- und Beratungsangeboten vor Ort. Nur durch kontinuierliche Präsenz lässt sich Vertrauen aufbauen und lokale Akteur*innen fest in kommunale Entscheidungsabläufe einbinden.
- **Ressortübergreifende Perspektiven („Silos aufbrechen“):** Demokratieförderung darf nicht auf isolierte Sonder-Förderprogramme verengt werden, sondern muss als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in den regulären Budgets von Bildung, Kultur und Sozialem mitgedacht werden.

C. Langfristig: Daseinsvorsorge & gesellschaftliche Resilienz

- **Begegnungsorte als soziale Daseinsvorsorge absichern („Freiwilligkeitsfalle“):** Soziokulturelle Begegnungsstätten, Bibliotheken und Jugendtreffs bilden die physischen „Haltepunkte der Demokratie“. Der Erhalt dieser sozialen Räume im ländlichen Raum darf in strukturschwachen Kommunen nicht dem Sparzwang freiwilliger Leistungen geopfert werden, sondern muss als demokratische Grundinfrastruktur geschützt werden, um extrem rechten Raumnahmen vorzubeugen.
- **Differenzierte Öffentlichkeitsarbeit & Resilienz-Narrative:** In der öffentlichen Kommunikation braucht es einen klaren Wechsel von reiner Krisenfixierung hin zu lösungsorientierten Narrativen, die gelingende Praxis, Handlungsfähigkeit und die Resilienz der Zivilgesellschaft sichtbar machen.

Die Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt zeigen eine zugespitzte Konstellation, die zugleich über das Land hinausweist. Das Wahlergebnis und die damit veränderten politischen Mehrheitsverhältnisse, die Unsicherheit über künftige politische Konstellationen sowie die damit verbundenen Sorgen um die Finanzierung und Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen verschärfen bereits bestehende Konfliktlagen. Die bundesweite Befragung verweist zugleich darauf, dass Veränderungen der politischen Rückendeckung und der finanziellen Rahmenbedingungen auch in anderen Regionen wahrgenommen werden. Einzelne der in Sachsen-Anhalt beschriebenen Erfahrungen finden sich damit auch in den bundesweiten Befunden wieder, wenngleich die jeweiligen politischen und regionalen Konstellationen unterschiedlich sind.

Für die Demokratiearbeit bedeutet dies, dass die Absicherung finanzieller Grundlagen, der Schutz von Fachkräften und zivilgesellschaftlichen Trägern sowie eine langfristige Unterstützung vor Ort zusammen gedacht werden müssen. Die lokalen Erfahrungen zeigen, dass es dafür nicht allein verlässlicher Förderstrukturen bedarf. Ebenso wichtig sind Räume, in denen Fachkräfte, kommunalpolitisch Verantwortliche und zivilgesellschaftlich Engagierte Konflikte bearbeiten und Handlungsmöglichkeiten entwickeln können. Ziel muss es sein, demokratische Handlungsspielräume auch unter veränderten politischen Bedingungen zu erhalten und zu stärken.

Literatur

Achour, Sabine (2025): „Gegen Rechtsextremismus – für politische Bildung: Politische Signale aus den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25“. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 349–379.

Begrich, David / Heusinger, Josefine / Kaiyama, Mika / Leistner, Alexander / Maier, Christoph / Quent, Matthias / Radvan, Heike / Schuhmacher, Nils / Virchow, Fabian (2026): *The Day After. Strategien für die demokratische Zivilgesellschaft angesichts einer rechtsextremen Landesregierung*. Magdeburg: Miteinander e. V. Online verfügbar unter: https://www.miteinander-ev.de/

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (2024): *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf*. In: Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hg.): *Vereint im Ressentiment*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 29–101.

Deutscher Bundestag (2026): *Stenografischer Bericht der 97. Sitzung*. Berlin, 25. September 2026 (Plenarprotokoll 21/97). Online verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btp/21/21097.pdf.

Kalkstein, Fiona / Pickel, Gert / Niendorf, Johanna / Höcker, Charlotte / Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver et al. (Hg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 245–270.

Meyer, Matthias / Möller, Cynthia / Weber, Júlia / Mülling, Eric / Krüger, Christine (2026): *Parlamentarische Strategien der AfD gegen die Soziale Arbeit - Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich* (2020-2025). Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung

Mokros, Nico / Zick, Andreas (2025): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte“. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 125–156.

Nickel, Amelie / Groß, Eva / Kammigan, Ilka (2025): „Libertär-autoritäre Versuchungen der Gegenwart – eine Brücke in den Rechtsextremismus?“. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 214–225.

Niendorf, Johanna / Rodemerk, Henriette (2023): Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion? Sozialpsychologische Perspektiven auf die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2022. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität*, Band 13, Jena, S. 86–99.

Notz, Gisela (2015): *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gebäudes*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.

Reinfrank, Timo (2025): *Salzwedel: Nächste Kommune lehnt Fördermittel für Demokratiearbeit ab*. Online verfügbar unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/salzwedel-naechste-kommune-lehnt-foerdermittel-fuer-demokratiearbeit-ab-134225

Simon, Mara / Birsl, Ursula (2025): „Maskulinismus und Antifeminismus". In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 157–172.

Wodak, Ruth (2025): „Mittendrin: In der Normalisierungsbewegung. Fragen an Ruth Wodak". In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 40–48.

Zick, Andreas (2025): „Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25". In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz, S. 19–39.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg.) (2025): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz.

Mitwirkende und Rollen (angelehnt an CRediT2):

- **Konzeption:** Juni Dau, Pauline Heuwinkel und Denis van de Wetering (in alphabetischer Reihenfolge)
- **Recherche:** Juni Dau, Pauline Heuwinkel, Ulrike Rogat und Denis van de Wetering (in alphabetischer Reihenfolge)
- **Datenerhebung und empirische Grundlagen:** Juni Dau, Pauline Heuwinkel, Matthias Meyer und Denis van de Wetering (in alphabetischer Reihenfolge)
- **Auswertung und Aufbereitung:** Juni Dau, Pauline Heuwinkel und Denis van de Wetering (in alphabetischer Reihenfolge)
- **Erstellung des Manuskripts:** Juni Dau, Pauline Heuwinkel und Denis van de Wetering (in alphabetischer Reihenfolge)
- **Redaktion und Lektorat:** Ulrike Rogat
- **Layout und Template-Gestaltung:** Louis Hay
- **Organisation und Durchführung des Fachtags:** Isabella Bauer und Dirk Lampe
- **Fachliche Beiträge / Expertise:** Frank Greuel (Deutsches Jugendinstitut), Agnes Sander (K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e. V.)
- **Finanzierung:** Bundesministerium für Bildung, Forschung und Technologie (BMFTR)